



Gegen den Krieg

1923 tötete die Anarchistin Germaine Berton ein Mitglied der rechts-extremen »Action française«. Für die französische Linke wurde sie zum Symbol – und war doch eine widersprüchliche Persönlichkeit.
 Von Cristina Fischer

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 19. OKTOBER 2017 · NR. 243 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Neue Seidenstraße

BRD will EU-Staaten China-Politik aufdrängen. Denen sind ökonomische Interessen wichtiger

3

Linker Feuereifer

Neun Länder dringen auf Bundeshilfen für Schulsanierungen. Berliner Senat setzt auf Privatkapital

4

Streitbares Afrika

Bei den Weltfestspielen diskutieren Teilnehmer über antiimperialistischen Kampf in Exkolonien

6

Freies Rakka

Der IS dürfte in Syrien geschlagen sein. Doch was kommt nun?
 Von Peter Schaber, Hasaka

7



Kabale und Linke

Neue Bundestagsfraktion bestätigt nach Machtkampf Spitzenkandidaten als Vorsitzende. Parteichefs erhalten lediglich Privileg bei Reden im Plenum.
 Von Jana Frielinghaus

Frostige Stimmung: Die im Amt bestätigten Fraktionschefs Bartsch und Wagenknecht und die Parteivorsitzenden Riexinger und Kipping am Dienstagabend in Potsdam

Die Klausurtagung der neuen Fraktion der Partei Die Linke war von zähen Debatten um die formalen Grundlagen der künftigen Arbeit geprägt. Führende Genossen wirkten wie Feinde. Das zeigte insbesondere der Auftritt der gerade im Amt bestätigten Fraktionschefin Sahra Wagenknecht und des Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger am Dienstagabend in Potsdam. Nachdem letzterer gerade angesetzt hatte, die versammelte Presse zu begrüßen, wies ihn erstere vor aller Augen und Ohren wie einen Schulbuben zurecht: »Bernd, das ist die Pressekonferenz der Fraktion« – und ergriff selbst das Wort. Riexingers Kovorsitzende Katja Kipping kommentierte dies am Mittwoch morgen in der ARD: »Souverän geht anders.«

Für Wagenknecht als Vorsitzende der Linken im Bundestag stimmten gut drei Viertel der 69 Abgeordneten, für den Kovorsitzenden Dietmar Bartsch

80 Prozent. Beide hatten das Amt bereits seit Oktober 2015 inne und waren Spitzenkandidaten der Partei zur Bundestagswahl. Am späten Dienstagabend wählten die Genossen zudem Carsten Lay und Sevim Dagdelen zu stellvertretenden Vorsitzenden. Jan Korte, bislang Fraktionsvize, übernimmt das Amt des ersten parlamentarischen Geschäftsführers. Petra Pau erhielt für ihre erneute Kandidatur als Vizepräsidentin des Bundestages große Unterstützung. Am Mittwoch wurden mit Klaus Ernst, André Hahn, Gesine Löttsch, Petra Sitte und Sabine Zimmermann Leiter von fachpolitischen Arbeitskreisen bestimmt. Sie sind damit zugleich Mitglieder des Fraktionsvorstandes. Zur Beauftragung für soziale Bewegungen wurde Sabine Leidig gewählt.

Am Dienstag hatte Wagenknecht in einem Brief an alle Abgeordneten ihren Rückzug vom Fraktionsvorsitz für den Fall angekündigt, dass sie und Bartsch

faktisch »entmachtet« würden (siehe jW vom Mittwoch). Dieses Bestreben sah sie unter anderem in einem Antrag an die Tagung, dem zufolge den Parteichefs ein Erstrederecht eingeräumt werden sollte, das bislang den Fraktionsvorsitzenden vorbehalten ist. Der Vorschlag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt. Allerdings gestanden die Abgeordneten Kipping und Riexinger ein erweitertes Rederecht, also Vorrang vor den Fachpolitikern, zu. Ein weiterer von Wagenknecht gerügter Antrag wurde zurückgezogen. Er sah ein Stimmrecht für die Parteivorsitzenden im Fraktionsvorstand vor.

Riexinger wies den Vorwurf, Kipping und er hätten gegen Wagenknecht intrigiert, am Mittwoch im Deutschlandfunk zurück. Vielmehr sei es der Parteiführung darum gegangen, der Fraktion eine »ausgewogene« Führung zu geben. Aus seinen fortbestehenden Vorbehalten gegen Wagenknecht mach-

te er keinen Hehl. Er kritisierte ihre »Rücktrittsdrohungen« und »Erpressungen«. Jetzt müsse sie »dafür sorgen, dass sie eine Vorsitzende der gesamten Fraktion« werde, und zeigen, dass der ihr gegebene »Vertrauensvorschuss« berechtigt sei, sagte er.

Wagenknecht wiederum forderte am Mittwoch in Potsdam, jetzt müsse »ein Schlusstrich unter die Grabenkämpfe gezogen werden«. Ihr Kovorsitzender Bartsch wertete die Zustimmungsraten für sie und sich selbst als »Ergebnis, bei dem man auch von Stärkung sprechen kann«. Er plädierte dafür, jetzt zur Politik zurückzukehren. Ähnlich äußerten sich Dagdelen als neue Vizechefin der Fraktion und Parteichef Riexinger. Letzterer hob im erwähnten Rundfunkinterview hervor, Die Linke habe den »klaren inhaltlichen Auftrag«, die Interessen der Beschäftigten, der Erwerbslosen und der Rentner zu vertreten.

■ Siehe Seiten 8 und 15

Kampf gegen IS geht nach Befreiung Rakkas weiter

Beirut. Nach der Befreiung der seit 2014 von der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) besetzten Stadt Rakka wollen die »Syrischen Demokratischen Kräfte« (SDK) ihre Offensive gegen die Islamisten nun im Osten Syriens weiter verstärken. Kämpfer aus Rakka sollten an die Front in der Provinz Deir Al-Sor verlegt werden, sagte ein SDK-Sprecher am Mittwoch. Dort rücken auch Einheiten der regulären syrischen Armee, die von der russischen Luftwaffe und schiitischen Milizen unterstützt werden, gegen den IS vor. Sie haben die Provinzhauptstadt Deir Al-Sor bereits weitgehend befreit. (Reuters/W)

■ Siehe Seite 7

Stanislaw Tillich tritt zurück



Berlin. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (Foto) gibt seine Ämter auf. In einer kurzen Erklärung teilte Tillich am Mittwoch mit, dass er beim CDU-Landesparteitag am 9. Dezember nicht mehr für den Vorsitz des Landesverbandes kandidieren werde und zugleich den Posten als Ministerpräsident abgebe. Als Nachfolger solle ihm in beiden Positionen der sächsische CDU folgen, Michael Kretschmer. Bei der Bundestagswahl hatte die CDU in Sachsen erhebliche Verluste verzeichnet. Die AfD hatte die Union überholt und zudem drei Direktmandate in dem Land gewonnen. Zuletzt hatte Tillich wiederholt einen rechten Kurs für die CDU nach Vorbild der AfD gefordert. »Die Stoppschilder müssen weg«, proklamierte der 58-jährige am 6. Oktober beim »Deutschlandtag« der Nachwuchsorganisation Junge Union in Dresden. Die CDU müsse noch vor der AfD »offen konservative Positionen« besetzen. (jW)

Sieben Auslandseinsätze verlängert

Kabinetts gewährt jeweils Dreimonatsfrist. SPD zweifelt an Unterstützung für Peschmerga

In Darfur, im Sudan, in Afghanistan, im Mittelmeer, in Mali, in Syrien und im Nordirak: Die Bundesregierung hat am Mittwoch die Fortsetzung von sieben Auslandseinsätzen der Bundeswehr beschlossen. Verlängert wurde jeweils um eine Frist von drei Monaten: Danach soll die neue Bundesregierung antreten.

SPD-Bundestagsfraktionschefin Andrea Nahles hatte am Dienstag die Bereitschaft erklärt, auch aus der Opposition heraus für die Kampfeinsätze zu stimmen. Für einen der sieben steht diese Zusage seit dem gestri-

gen Mittwoch zur Disposition. Die Mission zur Ausbildung kurdischer Peschmerga sei in der SPD-Fraktion »kritisch diskutiert« worden, erklärte der parlamentarische Geschäftsführer Carsten Schneider am Mittwoch. Es sei »offen, wie wir am Ende abstimmen werden.«

SPD-Rüstungsexperte Thomas Hirschler ergänzte in der Rheinischen Post, dass schnell geklärt werden müsse, »ob von der Bundeswehr ausgebildete und ausgerüstete kurdische Soldaten an den Kämpfen mit der irakischen Zentralregierung beteiligt sind.«

Die Bundesrepublik solle in Regierungskreisen Bagdads nicht in Verdacht geraten, die territoriale Integrität des Irak in Frage zu stellen, erklärte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die bereits am Freitag bekannt gewordene Unterbrechung des Einsatzes im Nordirak sei als »ein Zeichen« in Absprache mit dem SPD-geführten Auswärtigen Amt erfolgt.

Waffenlieferungen und Ausbildung der kurdischen Peschmerga nahm von der Leyen gegenüber den geäußerten Zweifeln in Schutz. Die

Unterstützung sei »bitter nötig und richtig«, sagte die CDU-Politikerin. Im Jahr 2014 habe der »Islamische Staat« (IS) Völkermord an den Jesiden begangen. Die Verteidigungsministerin rief die Konfliktparteien in Bagdad und Kirkuk zu einer friedlichen Lösung am Verhandlungstisch auf.

Die irakische Armee dringt derzeit mit einer Offensive in die kurdisch kontrollierte ölfreiche Region Kirkuk vor (jW berichtete). Aktuell sind rund 150 deutsche Soldaten vor Ort.

(AFP/Reuters/dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.075 Genossinnen und Genossen (Stand 1.10.2017)
 www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607